



Tierschutzpartei, LV Niedersachsen
Geschäftsstelle: S. Berghoff, Schützenstraße 18, 27624 Geestland

Landesverband Niedersachsen
Vorsitzende
Susanne Berghoff
Schützenstraße 18
27624 Geestland-Großenhain
Tel.: 04765 4443756
Mobil: 0170 5853670
Mail: susanne-berghoff@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Bundesgeschäftsstelle der
Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Änderungsantrag an den 44. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Änderungsantrag zum Antrag von 13 Mitgliedern
„Absatz zur Digitalisierung im GSP aktualisieren“

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen

Folgende Änderungen sollen am eingereichten Antrag vorgenommen werden:

Nach dem Satz „Die Digitalisierung hat in den letzten Jahren immer stärkeren Einfluss auf Privatleben und Berufswelt genommen.“ soll eingefügt werden:

„Die politischen, sozialen, pädagogischen, psychologischen und ökologischen Folgen dieser Entwicklung sind in einem fortlaufenden Prozess wissenschaftlich zu erforschen. Hierzu bedarf es breitangelegter Studien, deren Ergebnisse in den gesellschaftlichen Diskurs und in politische Entscheidungen eingebracht werden sollen. Einstweilen hat sich die Politik jedoch am aktuellen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedarf zu orientieren.“

Der Satz „Aber in weiten Teilen des Landes gibt es noch nicht einmal schnelles Internet, was insbesondere in Bildungseinrichtungen, Gewerbegebieten, Innenstädten und Tourismusregionen, aber auch in ländlichen Regionen, nicht länger zu akzeptieren ist.“ Soll geändert werden in:

„In manchen ländlichen Gebieten, aber auch in einigen halbstädtischen Gegenden und Gewerbegebieten ist noch kein Highspeed-Internet verfügbar. Ein solches muss zügig bereitgestellt werden.“

Hinter den Satz „Um die Digitalisierung voranzutreiben, soll es für die Bürger:innen noch einfacher werden, mit öffentlichen Verwaltungen in Kontakt zu treten und Behördengänge komplett und unkompliziert online zu erledigen.“ soll geändert werden durch:

„Mit Hilfe der Digitalisierung soll es für die Bürger:innen einfacher werden, mit öffentlichen Verwaltungen in Kontakt zu treten und Behördengänge unkompliziert online zu erledigen. Die Möglichkeit der persönlichen Vorsprache in der Behörde muss für die Bürger:innen jedoch vollumfänglich erhalten bleiben.“

Der Satz „Es muss zudem ein Recht auf Home Office geben.“ soll geändert werden in **„Es soll zudem ein Recht darauf geben, mindestens 30 bis 50% der Arbeitszeit im Homeoffice zu absolvieren, sofern betriebliche Gründe nicht zwingend dagegen sprechen.“**

Der Satz „Zudem muss flächendeckend das Netz der neuen Mobilfunkgeneration unter Berücksichtigung der sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen ausgebaut werden.“

soll ersetzt werden durch:

„Die Betreiber der Mobilfunknetze haben die staatliche Vorgabe erfüllt, 98 Prozent der deutschen Haushalte mit LTE-Standard zu versorgen. Bezogen auf die Fläche gibt es aber noch immer große Gebiete ohne Abdeckung. Eine zuverlässige mobile Internetverbindung auch in ländlichen Wohngebieten ist unabdingbar.

Der weitere Ausbau des 5G-Netzes hat unter zuverlässiger Berücksichtigung seiner Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Tiere zu erfolgen.“

Der Satz „An Schulen und Hochschulen soll verstärkt digital gearbeitet werden und der Umgang mit Potenzialen und Risiken im Internet und mit Künstlicher Intelligenz (KI) in Unterricht und Lehre thematisiert werden.“ soll ersetzt werden durch:

„Die Frage, inwieweit an Schulen und Hochschulen verstärkt digital gearbeitet werden soll, muss einer breiten gesellschaftlichen Diskussion zugeführt werden. Dabei gilt es zu thematisieren, welchen Zwecken Bildung in unserer Gesellschaft dient. Die starke Ausrichtung der Digitalisierungsstrategie am technisch-ökonomischen Fortschritt sollte kritisch hinterfragt werden. In Unterricht und Lehre sollen gleichermaßen Potenziale und Risiken im Umgang mit dem Internet und mit Künstlicher Intelligenz (KI) thematisiert werden.“

Vor und nach dieser Passage ist ein Absatz einzufügen.

Der Satz „Wir möchten Forschung und Entwicklung von KI fördern, denn KI wird zukünftig viele Probleme besser lösen können und zugleich müssen wir die Risiken im Zusammenhang mit KI rechtzeitig erkennen.“ soll geändert werden in:

„Wir möchten Forschung und Entwicklung von KI fördern, denn KI wird zukünftig viele Probleme besser lösen können. Zugleich ist es unabdingbar, die vielfältigen Risiken im Zusammenhang mit KI rechtzeitig zu erkennen und Maßnahmen zu ihrer Abwendung auszuarbeiten.“

Begründung:

Das Risikopotential der Digitalisierung - insbesondere, aber nicht nur im Bereich der Bildung – wurde im vorliegenden Antrag zu wenig beachtet. Als eine Partei, die Mensch, Umwelt, Tier in den Mittelpunkt ihrer Programmatik stellt und nicht Ökonomie und Technik, sollten wir aber gerade darauf ein besonderes Augenmerk legen. Große Defizite im Lesen und Schreiben, bei haptischen Fähigkeiten, in der zwischenmenschlichen Kommunikation sowie eine Abnahme von Kreativität und Empathie werden mit Digitalisierungsprozessen in engen Zusammenhang gebracht. Die diesbezügliche pädagogische, soziologische, psychologische und medizinische Forschung hinkt der technischen Entwicklung leider hinterher.

Darüber hinaus: Trotz der Vorteile, welche die Digitalisierung bietet, darf der persönliche Kontakt im Arbeitsleben und im Umgang mit Behörden nicht ‚weg-digitalisiert‘ werden.



Susanne Berghoff
Vorsitzende



Susanne Knels
Schriftführerin